

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Postfach 1227 | 56402 Montabaur

- gegen Empfangsbekenntnis –

Verbandsgemeindewerke Katzenelnbogen
Burgstrass 1
56368 Katzenelnbogen

**REGIONALSTELLE
WASSERWIRTSCHAFT,
ABFALLWIRTSCHAFT,
BODENSCHUTZ**

Kirchstraße 45
56410 Montabaur
Telefon 02602 152-0
Telefax 02602 152-100
Poststelle@sgdnord.rlp.de
www.sgd nord.rlp.de

11.02.2015

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner(in)/ E-Mail	Telefon/Fax
GE 6779 Rü/Bs	06.01.2015	Beate Rüffel	02602 152-161
Bitte immer angeben!		Beate.Rueffel@sgdnord.rlp.de	0261 120-888161

Vollzug der Wassergesetze;

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Grundwasserentnahme aus dem Brunnen „Rödelsberg“, WFG-Nr.: 303 034 094

Lage: Gemarkung Katzenelnbogen, Flur 9, Flurstück 31/2

I. ERLAUBNISBESCHEID

1.

Auf Antrag der Verbandsgemeindewerke Katzenelnbogen vom 06.01.2015 wird hiermit gemäß §§ 8, 9 und 10 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz –WHG-), sowie den §§ 26, 27 Abs. 2, § 34 Abs. 1 Ziffer 1 Buchstabe b, 105 Abs. 2 und 107 Abs. 1 des Wassergesetzes für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz -LWG-) die

1/9

Kernarbeitszeiten

09.00-12.00 Uhr
14.00-15.30 Uhr
Freitag: 09.00-13.00 Uhr

Verkehrsanbindung

ICE-Bahnhof Montabaur
Linien 460, 462, 480, 481
Haltestelle Konrad-Adenauer-Platz

Parkmöglichkeiten

hinter dem Dienstgebäude
(bitte an der Schranke klingeln), Kirchstraße,
Parkplatz „Kalbswiese“ an der Fröschpfortstraße

Für eine formgebundene, rechtsverbindliche, elektronische Kommunikation nutzen Sie bitte die virtuelle Poststelle der SGD Nord. Unter www.sgd nord.rlp.de erhalten sie Hinweise zu deren Nutzung.

wasserrechtliche Erlaubnis

erteilt,

zum Zwecke der öffentlichen Wasserversorgung des Versorgungsgebietes Katzenelnbogen,

entsprechend den vorliegenden Planunterlagen vom August 2003,

aus den Brunnen „Rödelsberg“ in der Gemarkung Katzenelnbogen, Flur 9, Flurstück 31/2, Grundwasser zu Tage zu fördern und zu verbrauchen.

Die zulässigen Höchstentnahmemengen betragen:

5,4 m³/h

108 m³/d

27.000 m³/a

2.

Antrags- und Planunterlagen:

Der Erlaubnis liegen die vom Ing.-Büro Dankof, 65582 Diez, erstellten Unterlagen und Pläne vom 14.08.2003, sowie aktuelle Wasseranalysen zu Grunde.

3.

Widerrufsvorbehalt:

Diese Erlaubnis ist widerruflich (§ 18 Abs. 1 WHG).

4.

Befristung:

Diese Erlaubnis ist befristet bis zum **28.02.2035**

5.

Ordnungswidrigkeiten

Eine Zuwiderhandlung gegen die angeordneten Auflagen bzw. vollziehbaren Anordnungen (§ 13 WHG) gilt gemäß § 103 Abs. 1 Nr. 1 WHG als Ordnungswidrigkeit und kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000,-- EUR geahndet werden (§ 103 Abs. 2 WHG)

6.

Auflagen und Bedingungen:

- 6.1 Das Grundwasser darf nur zur öffentlichen Trinkwasserversorgung genutzt werden, wenn und solange es in gesundheitlicher Hinsicht den Anforderungen der Trinkwasserordnung in der Fassung vom 03.05.2011 (BGBl. I S. 2091), genügt.
- 6.2 Die Erhöhung der Entnahmemengen, Veränderung oder Stilllegung der Anlage sind rechtzeitig zuvor bei der zuständigen Wasserbehörde zu beantragen.
- 6.3 Der Wasserzähler ist wöchentlich abzulesen; die Ablesungen, ebenso außergewöhnliche Vorkommnisse und Betriebszustände, sind in einem Betriebsbuch aufzuzeichnen, in das bei behördlichen Kontrollen Einblick zu gewähren ist.
- 6.4 Auf die formelle Überwachung und Abnahme der bereits bestehenden Anlage wird gemäß § 95 LWG verzichtet.

7.

Auflagenvorbehalt:

Weitere Auflagen, Änderungen bzw. Ergänzungen bleiben vorbehalten.

8.

Allgemeine Hinweise:

Es ist zu beachten, dass

- 8.1 die Erlaubnis nicht das Recht gewährt, Gegenstände die einem anderen gehören oder Grundstücke und Anlagen, die im Besitz eines anderen stehen, in Gebrauch zu nehmen,

- 8.2 die Erlaubnis unter den Vorbehalten der §§ 13 und 101 WHG steht,
- 8.3 diese Erlaubnis nicht Rechte Dritter berührt und nicht Genehmigungen ersetzt, die nach anderen Rechtsvorschriften erforderlich sind,
- 8.4 jede Änderung der Anlagen und Einrichtungen, die Auswirkungen auf die Ausübung des Wasserrechtes hat, nur mit Zustimmung der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Kirchstrasse 45, 56410 Montabaur, zulässig ist.
- 8.5 die Übertragung der Erlaubnis in Abweichung der Vorschrift des § 8 Abs. 4 WHG der Zustimmung durch die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Kirchstrasse 45, 56410 Montabaur bedarf.

II. Kostenfestsetzungsbescheid

Die Kosten für diese Amtshandlung werden auf insgesamt

344,39 EUR

festgesetzt.

Hierin sind enthalten:

Gebühren:	309,27 EUR
Auslagen:	35,12 EUR

(einschließlich der Kosten der mitwirkenden Behörden)

Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 1, 2, 3, 9, 10 und 13 Landesgebührengesetz (LGebG) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578) in Verbindung mit der lfd. Nr. 11.1.2 (Gebührenrahmen von 26,50 EUR bis 5.315,00 EUR) der Landesverordnung über die Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 01.12.2010 (GVBl. S. 524 ff).

Die Kosten werden nach § 17 LGebG mit der **Bekanntgabe an den Kostenschuldner** fällig und sind auf das

Konto Nr. 72900 (IBAN DE45 57050120 00000 72900)
BLZ 570 501 20 (BIC MALADE51KOB)
bei der Sparkasse Koblenz

unter Angabe des Kassenzeichens: **2001.33.15.1. 27 .1480.111.11** zu überweisen.

Die Kosten werden auch bei Erhebung eines Widerspruches mit der Bekanntgabe dieses Bescheides fällig.

Werden bis zum Ablauf eines Monats nach dem Fälligkeitstag Gebühren oder Auslagen nicht entrichtet, so kann für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 v.H. gemäß den Bestimmungen des § 18 Landesgebührengesetz erhoben werden.

III. Begründung:

Zur Sicherstellung der Wasserversorgung für den Bereich „Katzenelnbogen“ betreiben die VGW Katzenelnbogen u.a. den Brunnen „Rödelsberg“.

Die Aufbereitung erfolgt im HB Katzenelnbogen. Hier wird zusätzlich Trinkwasser aus dem HB Oberwald (VG Diez) eingespeist. Die Rohwässer aus den Brunnen „Rödelsberg“ und „Wässerntal/Sanatorium“ werden über 2 Filter aufbereitet. Im ersten erfolgt eine Belüftung, im zweiten eine Enteisenung und Entmanganung über Dolomit. Eine Desinfektion erfolgt nicht.

Für den Brunnen wurde am 12.06.1991 erstmals ein Schutzgebiet abgegrenzt; dieses wurde durch ein geologisches Gutachten vom 18.02.1997 bestätigt.

Nach den Erkenntnissen von Erkundungsbohrungen der Fa. Dyckerhoff im vermeintlichen Einzugsbereichs des Brunnens musste das Schutzgebiet vollständig überarbeitet werden. Auf der Grundlage eines neuen geologischen Gutachtens des Ing.-Büro Wasser und Boden, Buchholz, wurde am 10.12.2014 ein neues Wasserschutzgebiet abgegrenzt.

Es konnte daher ein auf 20 Jahre befristetes Wasserrecht erteilt werden.

Die nach den Verwaltungsvorschriften zu beteiligenden Fachbehörden und -stellen haben der beantragten Maßnahme zugestimmt.

Eine einzelfallbezogene Vorprüfung gemäß § 25 UVPG hat ergeben, dass durch die beantragte Maßnahme keine nachteiligen Auswirkungen auf die in § 2 UVPG genannten Schutzgüter zu erwarten sind, so dass die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich war.

Die Zuständigkeit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz in Montabaur für diese Entscheidung ist in den §§ 34, 105 und 107 LWG geregelt.

Bei der Festlegung der Gewässerbenutzung wurde berücksichtigt, dass jede vermeidbare Beeinträchtigung der Gewässerbeschaffenheit unterbleibt und die Grundwasserentnahme die Neubildung auf Dauer nicht überschreitet (§§ 1 a Abs. 1 WHG, 26 Abs. 2 LWG).

Eine bis zum **28.02.2035 befristete Erlaubnis** konnte somit erteilt werden.

Die Erlaubnis kann gemäß § 31 Abs. 1 LWG um eine angemessene Frist verlängert werden, wenn nicht überwiegende Belange des Wohls der Allgemeinheit oder, wenn diese nicht berührt sind, Rücksichten von überwiegender wirtschaftlicher Bedeutung entgegenstehen. Der Antrag auf Verlängerung der Frist ist gemäß § 31 Abs. 2 LWG, spätestens 6 Monate vor deren Ablauf bei der zuständigen Behörde zu stellen.

IV. Wasserbuch:

Die Eintragung ins Wasserbuch erfolgt gem. § 87 Abs. 2 Ziffer 1 WHG.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch

erhoben werden.

Der Widerspruch ist bei der

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz
Kirchstraße 45
56410 Montabaur

schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz zu versehen.

Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die auf der Homepage der SGD Nord unter <http://www.sgd-nord.rlp.de/service/elektronische-Kommunikation> aufgeführt sind.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Dr. Thomas Lenhart)

Rechtsgrundlagen

- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (**Wasserhaushaltsgesetz - WHG -**) in der Neufassung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 06.10.2011 (BGBl. I S. 1986);
- Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz (**Landeswassergesetz - LWG -**) vom 22.01.2004 (GVBl. S. 54), zuletzt geändert durch § 52 des Gesetzes vom 09.03.2011 (GVBl. S. 47);
- Gesetz über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)** in der Neufassung der Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBl. S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 06.10.2011 (BGBl. I S. 1986);
- Allgemeine **Verwaltungsvorschrift** zur Ausführung des Gesetzes über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPVwV)** vom 18.09.1995 (GMBl. S. 671);
- **Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)** vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 14.08.2009 (BGBl. I S. 2827);
- Landesgesetz über das Verwaltungsverfahren in Rheinland-Pfalz (**Landesverwaltungsverfahrensgesetz - LVwVfG -**) vom 23.12.1976 (GVBl. S. 308), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.10.2009 (GVBl. S. 358);
- **Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)** vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 22.12.2010 (BGBl. I S. 2248);
- **Landesgesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO)** vom 05.12.1977 (GVBl. S. 451), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.07.2003 (GVBl. S. 212);
- **Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG)** in der Fassung vom 10.11.1993 (GVBl. S. 595), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.02.2011 (GVBl. S. 26);
- Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (**Trinkwasserverordnung – TrinkwV 2001 –**) vom 21.05.2001 (BGBl. S. 959), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 03.05.2011 (BGBl. S. 748, 2062)
- Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (**Infektionsschutzgesetz – IfSG**) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 2a des Gesetzes vom 17.07.2009 (BGBl. I S. 2091);
- **Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG)** vom 28.09.2005 (GVBl. S. 387 vom 12.10.2005), zuletzt geändert durch Gesetz 22.06.2010 (GVBl. S.106);

8/9

Kernarbeitszeiten

09.00-12.00 Uhr

14.00-15.30 Uhr

Freitag: 09.00-13.00 Uhr

Verkehrsanbindung

ICE-Bahnhof Montabaur

Linien 460, 462, 480, 481

Haltestelle Konrad-Adenauer-Platz

Parkmöglichkeiten

hinter dem Dienstgebäude

(bitte an der Schranke klingeln), Kirchstraße,

Parkplatz „Kalbswiese“ an der Fröschfortstraße

Für eine formgebundene, rechtsverbindliche, elektronische Kommunikation nutzen Sie bitte die virtuelle Poststelle der SGD Nord. Unter www.sgd nord.rlp.de erhalten sie Hinweise zu deren Nutzung.

- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege - **Bundesnaturschutzgesetz** (BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I, Seite 2542), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 06.10.2011 (BGBl. I S. 1986)
- **Landesfischereigesetz (LFischG)** vom 09.12.1974 (GVBl. S. 601), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.10.2009 (GVBl. S. 358);
- **Baugesetzbuch (BauGB)** in der Neufassung vom 23.09.2004 (BGBl. I. S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12.04.2011 (BGBl. I S. 619);
- **Landesbauordnung** Rheinland-Pfalz (**LBauO**) vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch § 47 des Gesetzes vom 09.03.2011 (GVBl. S. 47);
- **Landesgebührengesetz** für Rheinland-Pfalz (**LGebG**) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578); zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.10.2009 (GVBl. S. 364);
- Landesverordnung über Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (**Besonderes Gebührenverzeichnis**) vom 20.04.2006 (GVBl. S. 165), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 01.12.2010 (GVBl. S. 524);
- Landesverordnung über die Gebühren für Amtshandlungen allgemeiner Art (**Allgemeines Gebührenverzeichnis**) vom 08.11.2007 (GVBl. S. 277);
- Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 80/68/EWG des Rates vom 17. Dezember 1979 zum Schutz des Grundwassers (**Grundwasserverordnung - GrWV**) vom 09.11.2010 (BGBl. I S. 1513);
- Landesverordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (**Anlagenverordnung -VAwS-**) vom 01.02.1996 (GVBl. S. 121 ff), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25.02.2010 (GVBl. S.52);
- Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (**Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG -**) vom 07.08.1996 (BGBl. I S. 1246), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 05.02.2009 (BGBl. I S. 160);
- Verordnung über Arbeitsstätten vom 12.08.2004 (**Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV -**), BGBl. I S 2179, zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 19.07.2010 (BGBl. I S. 960);
- Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (**Baustellenverordnung –BauStellV-**) vom 10.06.1998 (BGBl. S. 1283 ff), zuletzt geändert durch Artikel 15 der Verordnung vom 23.12.2004 (BGBl. I. S. 3758);
- Landesverordnung zur Feststellung der wasserrechtlichen Eignung von Bauprodukten durch Nachweise nach der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (**Wasserbauprüfverordnung – WasBauPrVRP**) vom 20.03.1998 (GVBl. S. 120);
- Landesumweltinformationsgesetz (**LUIG**) vom 19.10.2005 (GVBl. 2005, S. 484)